

Ausschuss für Inneres und Sport

(93. - öffentliche - Sitzung am 19. Mai 2016)

Beratungsthemen:

1. **Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5290](#)

Der - federführende - Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- Herr Prof. Dr. Jörg Bogumil, Ruhr-Universität Bochum
- Herr Robert Thiele
- Zweckverband Großraum Braunschweig
- Verbundgesellschaft Region Braunschweig mbH
- Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag
- Niedersächsische IHK-Arbeitsgemeinschaft Hannover-Braunschweig
- Allianz für die Region GmbH / Wolfsburg AG

2. a) **Fehlende Lehrgänge für Niedersachsens Feuerwehren - Das Land muss mehr tun!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3538](#)

b) **Gute Ausbildung für Niedersachsens Feuerwehren**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4523](#)

Der Ausschuss vertagte diesen Punkt auf eine Sitzung am 31. Mai 2016, 11 Uhr.

3. **Besprechung von Verfahrensfragen im Hinblick auf angekündigte Änderungen der Wahlkreiseinteilung im Niedersächsischen Landeswahlgesetz**

Der Ausschuss beschloss, in der Sitzung am 31. Mai 2016 mit der federführenden Beratung des von den Fraktionen der SPD und der Grünen vorgelegten Gesetzentwurfes zur Änderung des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes ([Drs. 17/5736](#)) zu beginnen. Er fasste ins Auge, zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden soll in der Sitzung am 31. Mai 2016 festgelegt werden, die Anhörung ist für den 11. August 2016 vorgesehen. Im September-Plenum soll der Gesetzentwurf verabschiedet werden.

4. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein über die Einrichtung und den Betrieb eines Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung der Polizeien im Verbund der norddeutschen Küstenländer**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5619](#)

Der - federführende - Ausschuss hörte einen Vertreter der Landesbeauftragten für Datenschutz an und beriet über den Gesetzentwurf. Vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse empfahl er dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Zum Berichterstatter bestimmte der Ausschuss den Abg. Adasch. Es soll ein schriftlicher Bericht erstattet werden.